

Stuttgart, 10.03.2020

Gemeinsamer Antrag

Anforderung an Fahrradgaragen für dicht besiedelte Gebiete in S-West

Wir begrüßen, dass die Verwaltung an der Planung der vom Gemeinderat beschlossenen Fahrradgaragen in Wohngebieten arbeitet, vgl. Punkt 3 im Antrag Nr. 20 des städtischen Haushalts 2018/2019 (Radverkehrsförderung beschleunigen – deutliche Erhöhung des Radetats). Grundgedanke des Antrags war, dass Anwohner auf einem bisherigen Kfz-Stellplatz bis zu 8 Räder geschützt vor Wetter, Vandalismus und Diebstahl parken können. Der GR-Antrag 1234/2019 bekräftigte diesen Grundgedanken.

Fahrradgaragen an Verkehrsknotenpunkten sind nicht Gegenstand des Antrags.

Laut Bericht der Verwaltung im Bezirksbeirat lag der Schwerpunkt auf der Bauform als doppelstöckige Sammelgarage für 20 Räder. Die große Bauhöhe von 3 Metern ist jedoch für dicht besiedelte Gebiete grundsätzlich problematisch und dort nur in Ausnahmen stadtverträglich. Von den 12 von der Verwaltung für S-West vorgeschlagenen Aufstellorten lehnt der Bezirksbeirat 10 für Doppelstockgaragen ab.

Der öffentliche Raum ist der wichtigste Raum der Stadt. Die zu errichtenden Fahrradgaragen werden Teil der alltäglich erlebten Stadtmöblierung. Sie müssen nicht nur funktional sein, sondern auch Gestaltungswillen zeigen, identitätsstiftend wirken und so zu hoher Akzeptanz bei den Einwohnern führen.

Wir begrüßen, dass das Vorhaben mit den bisher vorgestellten Bauformen jetzt als Feldversuch in S-West geführt, sowie gleichzeitig ein Gestaltungswettbewerb zur Weiterentwicklung der bisherigen Bauform durchgeführt werden wird. Konkrete Standorte sind nicht Gegenstand dieses Antrags.

Wir beantragen:

1. Der Planungsschwerpunkt soll auf einstöckigen Fahrradgaragen liegen, weil mehrstöckige Bauformen in dicht besiedelten Gebieten in der Regel stadtgestalterisch problematisch sind.
2. Die Fahrradgaragen sollen sich auch für Lastenräder eignen. Die Inneneinrichtung soll sich an die Nachfrage anpassen lassen.
3. Die Fahrradgaragen sollen eine identitätsstiftende Gestaltung haben.
4. Die Fahrradgaragen sollen sich hinsichtlich Gestaltung, Betrieb und Wirtschaftlichkeit für ein flächendeckendes Angebot an die Einwohner eignen.
5. Die Garagen sollen von Radfahrenden von 8 bis 80 Jahren nutzbar sein.
6. Sofern die Fahrräder vom Gehweg aus in die Fahrradgarage eingestellt werden sollen, muss die verbleibende Gehwegbreite 2 Meter zuzüglich einer Radaufstellzone von 1 Meter betragen; auf Hauptfußrouten 2,5 Meter zuzüglich Radaufstellzone. Ein zu schmaler Gehweg muss verbreitert werden. Im gut begründeten und seltenen Ausnahmefall kann die Fahrradaufstellzone schmaler sein.
7. Aufstellort soll grundsätzlich ein bisheriger Kfz-Stellplatz sein, damit öffentlicher Raum nicht zusätzlich zugestellt wird. Im gut begründeten Ausnahmefall kann es ein anderer Ort sein.

8. Am Aufstellort dürfen die Fahrradgaragen auch für Kinder oder kleinere Erwachsene keine Sichtachse oder sicherheitsrelevante Sichtbeziehung versperren.
9. Für jeden Aufstellort soll eine angepasste gestalterische Gesamtlösung geschaffen werden. Dort im öffentlichen Raum schon vorhandene Elemente sollen zusammengeführt werden.
10. Der Feldversuch soll mindestens folgendes beinhalten: Einstöckige und doppelstöckige Bauform, Nutzung für Lastenräder, Evaluierung, klare Kommunikation als Feldversuch (z.B. als Text an den Garagen).
11. Der Feldversuch soll ergebnisoffen sein. D.h. aus den im Feldversuch verwendeten Bauformen und dem Verwaltungssystem darf sich kein Sachzwang für die spätere Lösung begründen. Maßnahmen, die sich nicht bewährt haben, werden wieder aufgehoben.
12. Es soll umgehend ein Gestaltungswettbewerb durchgeführt werden hinsichtlich unterschiedlicher Bauformen, Oberflächen und Nutzungen (Normalrad / Lastenrad / E-Bike / Rad-Anhänger). In diesen Prozess sollen interessierte Akteure eingebunden werden, z.B. Radforum der Stadt Stuttgart, Sachkundige Bürger, Gemeinderat, Bezirksbeirat, ADFC e.V., VCD e.V., sowie Plattsalat e.V. als Vertreter vieler Nutzungsinteressenten. Einbindung z.B. in Form von Workshops. Dazu soll ein Kommunikationsplan erstellt und im Bezirksbeirat berichtet werden.

Gez.
Sabine Wassmer
Sebastian Karl
(Bündnis90/Die Grünen)

Jennifer Staudenmeyer
Heiner Scholz
(SPD)